



Antrag der KPV Kreisverband Stade

Der Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Stade möge beschließen:

Schaffung alternativer Einwanderungsmöglichkeiten

Der CDU- Kreisverband Stade setzt sich dafür ein, zur Eindämmung des Asylmissbrauchs alternative Einwanderungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende auch aus Nicht-EU-Ländern zu schaffen. Voraussetzung für die Einreise müssen jedoch neben ausreichenden deutschen Sprachkenntnissen auch konkrete Vorstellungen zur Arbeitsplatzsuche unter Vorlage entsprechender Qualifikationsnachweise sein. Betrieblich Qualifizierte aus Drittstaaten haben bisher nur dann Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, wenn sie einen Mangelberuf vorweisen, der auf der Positivliste der Bundesagentur für Arbeit steht. Die Erfahrung zeigt, dass diese Liste zu eng ist. Sie muss erweitert werden. Ferner ist es nötig, das gesamte Zugangsverfahren zum deutschen Arbeitsmarkt von der Visabeantragung bis zur Arbeitsaufnahme zu verkürzen und transparenter zu gestalten. Möglich wäre beispielsweise die Gewährung einer Aufenthaltsdauer von maximal 3 Monaten zur Arbeitsplatzsuche, sofern der Bewerber über ausreichende finanzielle Mittel für seinen Aufenthalt verfügt. Dadurch könnte auch dem zunehmenden Fachkräftemangel begegnet werden, denn nach Aussage des Statistischen Bundesamtes benötigt Deutschland eine Nettozuwanderung von 400.000 Personen jährlich, um das derzeitige Erwerbspersonenpotenzial in etwa konstant zu halten. Vor allem aber bietet dies arbeitswilligen Personen die Möglichkeit, ohne Schleuser legal einreisen zu können.

Konsequente Abschiebung bei Asylmissbrauch

Flüchtlinge und andere Menschen, die aus Angst um ihr Leben ihr Land verlassen müssen, sind bei uns herzlich willkommen. Unser aus den leidvollen Erfahrungen der Vergangenheit geschaffenes Asylrecht muss gesichert werden. Dies bedeutet aber auch, dass diejenigen konsequent abgeschoben werden müssen, die aus rein wirtschaftlichen Motiven kommen, ohne die Chance auf Asyl zu haben.

Michael Eble

Kreisvorsitzender KPV